

Vorlageart: Berichtsvorlage
Federführung: Kunst
Verantwortung:

GFG-Förderprojekt: Modernisierung der Städtelandschaft im Ruhrgebiet in den 1920er Jahren

Beratungsfolge

30.09.2024 Kulturausschuss

Kenntnisnahme

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

Projektbeschreibung:

Mit dem Projekt "Modernisierung der Städtelandschaft im Ruhrgebiet in den 1920er Jahren am Beispiel Oberhausens und in vergleichender Perspektive" soll der Modernisierungs- und Urbanisierungsprozess im Ruhrgebiet erforscht werden. Im Fokus steht dabei die Kommunale Neugliederung 1929, die beispielhaft an der Stadt Oberhausen erforscht wird. Grundlage hierfür bildet die Retrokonvertierung und Neuverzeichnung des Bestandes Alt-Oberhausen. Dieser dokumentiert ausgehend von der Mitte des 19. Jahrhunderts die Stadtgeschichte Oberhausens von der Gemeindegründung bis hin zur Entstehung "Groß-Oberhausens.

In vergleichender Perspektive sollen Modernisierungstendenzen in den Bereichen Innenstadtentwicklung, Architektur, Infrastruktur, Verkehr, Freizeit und Arbeit im ganzen Ruhrgebiet betrachtet werden. Die überregionale Strahlkraft des Projektes ist einerseits in den Kooperationen (RVR, LVR Zentrum für Medien und Bildung, Baukunstarchiv NRW, Universität Duisburg-Essen, Stadtarchiv Duisburg, Stadtarchiv Dortmund, Stadtarchiv Gelsenkirchen) und andererseits in den vergleichenden Aspekten begründet. Die Fragestellungen und erste Ergebnisse der Forschungstätigkeiten fließen in einen durch das LVR-Zentrum für Medien und Bildung produzierten Dokumentarfilm mit dem Arbeitstitel „Modernisierung und lokale Realität einer Städtelandschaft. Oberhausen, das Rheinland und das Ruhrgebiet – die kommunale Neuordnung der Region von 1929 und ihre Bedeutung bis heute“ ein.

Das Projekt wurde 2023 mit einem Gesamtvolumen von 120.000 € zur „Regionalen Kulturförderung“ des LVR angemeldet und bewilligt. Für die Jahre 2024 und 2025 wurden pro Jahr Fördermittel in der Höhe von 30.000 € genehmigt. Die Eigenmittel von 30.000 € pro Jahr werden in Form von regulären Haushaltsmitteln, die in der mittelfristigen

Haushaltplanung vorgesehen sind, eingebracht.

Sachstand Projektplanung:

Retrokonvertierung, Klassifizierung und Neuverzeichnung des Bestandes Alt-Oberhausen:

Der Bestand Alt-Oberhausen bildet zusammen mit den Beständen Sterkrade und Osterfeld die zentrale Überlieferung der heutigen Stadt Oberhausen und ihrer Rechtsvorgänger. Er dokumentiert ausgehend von der Mitte des 19. Jh. die Geschichte der Stadt beginnend mit der Gemeindegründung bis hin zur kommunalen Neugliederung und der damit verbundenen Entstehung "Groß"-Oberhausens 1929. Der Bestand ist einer der bedeutendsten, größten und meist genutzten Bestände des Stadtarchivs und umfasst 4.000 Archivalien, die in 668 Archivkartons lagern sowie ca. 3 laufende Meter Akten und Amtsbücher, die noch nicht erschlossen sind. Die Archivkartons sind nicht säurefrei und entsprechen nicht der DIN ISO 16245:2012. Mehrere Kleinstbestände wurden zum Bestand Alt-Oberhausen zusammengelegt, teilweise mit und ohne neuer Signatur, so dass Ordnungskriterien (Klassifikation, eindeutige Identifizierbarkeit) größtenteils verloren gingen. Die Kartons wurden mehrfach neu signiert, wodurch die Übersichtlichkeit erheblich gelitten hat. Eine Bestandsrevision in den Jahren 2017/2018 ergab, dass in vielen Fällen erhebliche Diskrepanzen zwischen Aktentitel und Akteninhalt bestehen, da überwiegend der Altaktentitel übernommen wurde. Folglich umfasst die erste Projektphase die saubere Aufarbeitung, Retrokonvertierung (Übertragung der vorhandenen Verzeichnungseinheiten aus dem Word-Findbuch in ein importfähiges Format), Neuverzeichnung, Klassifizierung (inhaltliche Gliederung), Reinigung und Neuverpackung des Bestandes. Aufgrund des enormen Umfangs kann dies nicht im Regelbetrieb realisiert werden, weshalb diese Dienstleistung extern ausgeschrieben wurde. Der Zuschlag wurde im Rahmen eines geordneten Vergabeverfahrens im Juli 2024 an die Firma history-today erteilt. Ein Teil des Bestandes wurde bereits nach Köln zur Bearbeitung abgeholt.

Forschungstätigkeit: Oberhausen und das Ruhrgebiet in den 1920er Jahren

Die Kommunale Neuordnung des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes (RWI) um 1929, wie die Zeitgenoss:innen der 1920er Jahre die Ballungsregion Rhein-Ruhr nannten, schuf wesentliche Strukturen für die Gestalt der Gebietskörperschaften im Ruhrgebiet für das 20. Jahrhundert und bis in die Gegenwart. Dieser Zusammenhang und das baldige 100-jährige Jubiläum sind für das Stadtarchiv Oberhausen Anlass, sich mit wichtigen Aspekten der modernen Stadtgeschichte Oberhausens und des Ruhrgebietes in vergleichender Perspektive zu beschäftigen.

Urbanität, städtische Lebensqualität, der Aufbau technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur sowie Zentralität größerer Ortschaften für ihr räumliches Umfeld wurden im deutschen Städtewesen ebenso wie im Ruhrgebiet in den Grundzügen in der Epoche 1890 bis 1930 grundgelegt. Die Kommunale Neuordnung am Ende dieses Zeitraumes ist in doppelter Hinsicht bedeutsam für den historischen Prozess, weil einerseits vorangegangene Urbanisierungserfolge von Kommunen zu Entscheidungskriterien wurden und weil andererseits das Ergebnis der Neuordnung die Struktur der Städtelandschaft langfristig beeinflusste.

Oberhausen bildet den Ausgangspunkt der stadt- und regionalhistorischen Zugänge, weil Oberhausen ein markantes Beispiel für die Fortexistenz einer Industriegroßstadt im Emscherraum darstellt, die um einen prägenden Montankonzern, die Guthoffnungshütte mit

30.000 Beschäftigten, gebildet wurde. Das verweist auf das Ergebnis der Kommunalen Neuordnung um 1929 als Ganzes: Es festigte sich eine hierarchisch gegliederte Städtelandschaft mit Hellwegstädten als Oberzentren, mit Industriegroßstädten an der Emscher und zahlreichen mittleren Industriestädten in den Zwischenräumen sowie an der Peripherie des Ruhrgebietes.

Die historische Betrachtung der Gesamtregion mit heute 53 Städten und Gemeinden würde die Kapazitäten des Stadtarchivs Oberhausen im Rahmen des Förder- und Forschungsprojektes überfordern. So ist in Kontakten mit Expert:innen aus der Region eine enge Auswahl von drei Kommunen entstanden, die vergleichend mit Oberhausen auf die Strukturen ihrer Stadtentwicklung und auf ihre Teilhabe an der Neuordnung analysiert werden. Das Projektteam ist zuversichtlich, dass daraus Impulse für die weitere historische Ruhrgebietsforschung gewonnen werden können. Neben Oberhausen werden Duisburg-Hamborn, Gelsenkirchen und Dortmund, betrachtet durch das Stadtarchiv Oberhausen sowie Expert:innen für die genannten Städte, bearbeitet. Die Gründe für diese Auswahl liegen in wesentlichen Eigenschaften der Städte begründet, welche Trennendes und Verbindendes in der Städteregion Ruhr exemplarisch eindrucksvoll veranschaulichen:

Oberhausen entstand als einzige Stadt im Ruhrgebiet ohne vorindustriellen Siedlungskern in der Lipperheide, vollzog schon im 19. Jahrhundert ein starkes montanindustrielles Wachstum und entfaltete Urbanität im Rahmen eines um 1900 gebildeten Stadtentwicklungskonzeptes, dessen herausragende Merkmale die Straßenbahn zur Erschließung des Wirtschaftsraumes der GHH mit Sterkrade und Osterfeld sowie die Schaffung einer integrierten großstädtischen Innenstadt mit der Neugestaltung der Fläche der Styrumer Eisenindustrie um den heutigen Friedensplatz darstellten. Backsteinexpressionismus wurde als angemessene architektonische Ausdrucksform der Industriegroßstadt gewählt. 1929 wurde dieser Urbanisierungsprozess mit der Vereinigung des Wirtschaftsraumes der GHH in der neuen Kommune „Groß“-Oberhausen anerkannt. Doch die Existenz Oberhausens hatte mit der Option einer Eingemeindung nach Mülheim in Frage gestanden.

Hamborn war mit 128.000 Einwohnern die größte Kommune im Ruhrgebiet, welche 1929 ihre kommunale Selbstständigkeit verlor. Bei einem sehr dynamischen Wachstumsprozess des Montanunternehmens Thyssen trat Hamborn später als Oberhausen erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Prozesse moderner Stadtentwicklung ein. Mit dem größeren Nachbarn Duisburg und der weiträumigen Vernetzung Thyssens im Raum von Duisburg bis Voerde bot sich Hamborn im Rahmen der Neuordnung nicht die Möglichkeit zur kommunalen Konstituierung eines vergrößerten Raumes unter Zusammenfassung der wesentlichen Betriebe des Thyssen-Konzerns.

Gelsenkirchen bildete mit rund 200.000 Einwohnern die größte Stadt im Emscherraum. Wie Oberhausen wurde es 1928 nach Norden über die Emscher vergrößert, indem der Wirtschaftsraum des prägenden Montanunternehmens Gelsenkirchener Bergwerks AG zusammengefasst wurde. Der Ausbau technischer Infrastruktur sowie öffentlicher Städtebau in der Innenstadt markierten Urbanisierungsfortschritte Gelsenkirchens. Das Hans-Sachs-Haus als Rathaus ist markantes Gebäude des Backsteinexpressionismus im Ruhrgebiet. Die Existenz und die Vergrößerung Gelsenkirchens standen im Diskussionsprozess um die Kommunale Neuordnung nicht grundsätzlich in Frage. Im gut 90.000 Einwohner großen Buer formierte sich starker Widerstand gegen eine Zusammenlegung mit Gelsenkirchen.

Dortmund als größtes Oberzentrum im westfälischen Ruhrgebiet wurde 1929 durch die Aufnahme der Gemeinden des aufgelösten Landkreises Hörde vergrößert. Als

traditionsreiche Reichs- und Handelsstadt mit einem ausdifferenzierten Stadtbürgertum unterschied sich Dortmund grundlegend von den Städten im Emscherraum. Es maß sich nicht an seinen kleineren unmittelbaren Nachbarstädten, sondern in der Region an Essen. Trotz dieser gravierenden Unterschiede zu Oberhausen bestehen Gemeinsamkeiten in der ambitionierten Stadtentwicklungspolitik der Innenstadt mit den Instrumenten der Grünflächenentwicklung, des öffentlichen Städtebaus sowie der Wahl des Backsteinexpressionismus als modernem Architekturstil der 1920er Jahre. Die Sicht auf die Vielfalt der Städtelandschaft Ruhr wird durch den Vergleich Dortmunds und Oberhausens bereichert.

Perspektivisch und über 2025, die Laufzeit der Fördermaßnahme, hinaus, ist die Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Partnern mit dem Vergleich weiterer Kommunen möglich.

Dokumentarfilm: Modernisierung und lokale Realität einer Städtelandschaft. Oberhausen, das Rheinland und das Ruhrgebiet – die kommunale Neuordnung der Region von 1929 und ihre Bedeutung bis heute

Im Rahmen der Fördermaßnahme des LVR wird als ein tragender Bestandteil ein Projektbaustein der Historischen Bildung und der Öffentlichkeitsarbeit realisiert. Mit dem Ziel, vielfältige an der modernen Stadtgeschichte des Ruhrgebietes interessierte Gruppen von allgemein Geschichtsinteressierten, Ruhrgebiets- bis zu (Stadt-)Geschichtsforschenden mit einem attraktiven Medium zu erreichen, wird in Zusammenarbeit mit dem LVR-Zentrum für Medien und Bildung der auf eine Länge von bis zu 45 Minuten konzipierte Dokumentarfilm mit dem Arbeitstitel „Modernisierung und lokale Realität einer Städtelandschaft. Oberhausen, das Rheinland und das Ruhrgebiet – die kommunale Neuordnung der Region von 1929 und ihre Bedeutung bis heute“ realisiert. Der Film wird so konzipiert, dass er ebenso in Lehrveranstaltungen für Studierende, in Kursen für Oberstufenschüler:innen sowie vielfältigen

Veranstaltungen der Historischen Bildungsarbeit gezeigt und besprochen werden kann.

Für die Produktion des Dokumentarfilms werden vielfältige historische Quellen, wie Zeitungen, Fotos, Karten und Akten, sodann die Einbindung von Experteninterviews, und zur Herstellung von Gegenwartsbezügen zur Struktur der Metropole Ruhr im 21. Jahrhundert, aktuelle Filmaufnahmen über die Stadträume genutzt. Oberhausen bildet den Ausgangspunkt für die Darlegung der Bedeutung der Kommunalen Neuordnung sowie des ihr vorausgegangenen Urbanisierungsprozesse seit etwa 1890. Die Vergleichsstädte der Forschungsmaßnahme Duisburg-Hamborn, Gelsenkirchen und Dortmund werden ebenfalls dargestellt.

Das Stadtarchiv Oberhausen hat für das LVR Zentrum für Medien und Bildung einen sachlich-historischen und dramaturgisch-konzeptionellen Leitfaden für die weitere Arbeit am Film erstellt. Auf dieser Grundlage wird ein Drehbuch entwickelt und die konkrete Ausgestaltung des Filmes vorgenommen. Das Projekt Dokumentarfilm wird in 2025 abgeschlossen. Öffentliche Präsentationen in Oberhausen und den Vergleichsstädten sind vorgesehen.

Anlage/n

Keine

